

Grundsatzpapier „Für eine offene und menschliche Gesellschaft – Migration und Integration als Chance für alle in Sachsen“

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 16. Juni 2017

Beschluss:

1. Der Landesvorstand beschließt das Grundsatzpapier der LAG Asyl und Migration.
2. Der Landesvorstand bittet die LAG die weitere Meinungsbildung und Debatte in den Kreis- und Stadtverbänden sowie den Landesarbeitsgemeinschaften und den Fraktionen zu begleiten.
3. Der Landesvorstand bittet die LAG den Diskussionsprozess in Vereinen, Initiativen und Bündnissen fortzusetzen.
4. Der Landesvorstand bitte die LAG Asyl und Migration über den weiteren Prozess zum Grundsatzpapier zu informieren.

Politische Botschaft:

Ziel des Papiers ist es eine geschlossene Position der Partei DIE LINKE zu den Themen Migration und Integration zu formulieren. Eine solche Positionierung gibt es noch nicht. Die Landesverbände anderer Parteien haben derartige Positionierungen bereits vorgelegt.

Ausgehend von der Kritik des derzeitigen Status quo – einer Politik der Abschottung, Exklusion von bestimmten Migrant*innen und Asylrechtsverschärfung – wird in dem Papier eine linke Vorstellung von Integration formuliert. Unser Integrationsbegriff meint keine Assimilation, sondern ein gleichberechtigter Zugang aller Menschen zur Gesellschaft. Auf Grundlage humanistischer, demokratischer und emanzipatorischer Werte werden Gesellschaft und Politik gemeinsam gestaltet und entwickelt.

Voraussetzung ist der barrierefreie Zugang zu Bildung, Spracherwerb, Arbeitsmarkt, Behörden, Gesundheit und die uneingeschränkte Möglichkeit zur Mitbestimmung.

DIE LINKE selbst muss verstärkt Motor für gelingende Integration einerseits, aber auch Plattform und Partnerin für die zahlreichen außerparteilichen Kräfte, die in diesem Sinne wirken, sein.

**Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:**

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
Einbeziehung des Beschlusses in die Berichterstattung der Landeszeitung.

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator.

Abstimmungsergebnis:

Einvernehmlich mit einer Enthaltung beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 16. Juni 2017

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Antje Feiks', written in a cursive style.

Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Für eine offene und menschliche Gesellschaft – Migration und Integration als Chance für alle in Sachsen.

1 DIE LINKE. Sachsen steht für eine offene, solidarische, inklusive, emanzipatorische und selbstbestimmte
2 Gesellschaft. Es ist die Bereitschaft aller gefragt, sich einzubringen und für diese Prinzipien einzustehen.
3 Vielfalt und Pluralität sind für uns die Grundprinzipien einer modernen und aufgeklärten Gesellschaft. An
4 diesen muss sich jedes politische und zivilgesellschaftliche Handeln orientieren.
5 Deshalb verstehen wir Integration als Prozess gegenseitigen Lernens und Anerkennens.
6 Integration muss auf Augenhöhe und Zusammenarbeit beruhen. Ein stumpfes Berufen auf einer so
7 genannten „Leitkultur“ oder die Forderung nach stupider Assimilation ist nichts als die unbegründete
8 Furcht vor Veränderung und purer Rechtspopulismus.
9 Dem stellen wir die Vorstellung einer auf Selbstbestimmung, Solidarität und Teilhabe aller
10 Bevölkerungsgruppen beruhenden Gemeinschaft entgegen.
11 Unsere Gesellschaft wird sich zweifelsohne durch Migration verändern. Aus unserer Sicht liegen darin vor
12 allem aber viele Möglichkeiten, um Deutschland und Europa weltoffen und tolerant zu gestalten, neue
13 Wege zu gehen.
14 Die Interessen von Migrant*innen müssen deshalb gleichberechtigten Einfluss auf alle lebensweltlichen
15 Bereiche haben, beispielsweise Gesundheit, Bildung, Wohnen, Arbeit und Freizeit.
16 Es braucht neue Formen interkulturellen Austausches, um bei allen Einwohner*innen Verständnis und
17 Akzeptanz für die vielfältigen Lebensweisen zu verbessern und zu stärken.

18
19

Antihumanistische und unvernünftige Migrationspolitik auf allen Ebenen beenden

21
22 Mit Schrecken beobachten wir die antihumanistische Entwicklung der Migrations- und besonders der
23 Asylpolitik in der Europa und Deutschland. Das weltfremde, ungerechte und menschenverachtende
24 Dublin-System der Europäischen Union und die Aufrüstung der Festung Europa lösen keine Probleme,
25 sondern verlagern die Kernpunkte der Migrationsbewegungen an die Europäischen Außengrenzen und
26 führen zu Verelendung und Tod.
27 Anstatt die notwendigen Schritte einzuleiten, um ankommenden Menschen einen möglichst leichten und
28 gleichberechtigten Start in der neuen Heimat zu ermöglichen, unterhöhlt die Bundesregierung des Recht
29 auf Asyl, schafft keinerlei neue legale Möglichkeiten von Immigration und lässt ein Klima der Ausgrenzung
30 entstehen.

31
32 Der Freistaat Sachsen präsentiert sich selbst gern als Beispiel für eine wirtschaftliche Blüte und
33 gelungene Entwicklung seit der Wende. Die Ereignisse der letzten Jahre aber strafen dieses Bild Lügen:
34 Sachsen führt seit Jahren das Länderranking rassistischer und fremdenfeindlicher Übergriffe an, es gibt
35 eine breit aufgestellte und gut vernetzte rechtsradikale Szene - demokratische Teilhabe,
36 zivilgesellschaftliches Engagement und ehrenamtlicher Gestaltungswillen kommen zu kurz. Die Rede von
37 Weltoffenheit und Toleranz Sachsens sind derzeit wenig mehr als Beschwörungs- und
38 Beschwichtigungsfloskel der politischen Entscheidungsträger*innen.

39
40 Diese Entwicklung ist unmittelbare Folge einer verfehlten Integrations- und Migrationspolitik sowie dem
41 durch die CDU-geführte Landesregierung verursachten strukturellen Sozial- und Demokratieabbau in
42 Sachsen sowie einer gezielten Schwächung alternativer, gesellschaftskritischer Strukturen der
43 Zivilgesellschaft.

44 Es kann keinen Zweifel daran geben, dass Sachsen Zuwanderung braucht, um gesellschaftliche,
45 wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung weiter fortzuschreiben. Wir stehen deshalb dafür ein, dass sich
46 die Bundesrepublik als Ganzes und insbesondere Sachsen als Einwanderungsland definieren und alle
47 Anstrengungen unternehmen, um ein attraktives und sicheres Ziel von Migration zu sein.

48

49

50 **Zuwanderung als Chance für ländliche Räume in Sachsen zu stärken**

51

52 Auch für die Entwicklung der ländlichen Räume und Kommunen in Sachsen muss ein negatives Bild
53 konstatiert werden. Abwanderung, Überalterung der Gesellschaft, der Wegfall und gezielte Abbau von
54 öffentlicher Infrastruktur haben die Lebensqualität und -perspektiven in diesen Gebieten nachhaltig
55 geschädigt. Rechte und rechtspopulistische Strukturen hingegen konnten sich vielerorts vertiefen und an
56 Einfluss gewinnen.

57 Gerade hier muss die sächsische Politik umsteuern und infolge dessen klar auf die Chancen von
58 Zuwanderung verweisen. Durch steigende Einwohnerzahlen erhöhen sich die Möglichkeiten der
59 sächsischen Kommunen, um ihre öffentliche Daseinsvorsorge betreiben zu können. Schulen können
60 erhalten oder renoviert, Öffentlicher Nahverkehr ausgebaut und die Lebensqualität aller Bewohner*innen
61 verbessert werden. Darüber hinaus entsteht dadurch neues Leben auf dem Land, die Attraktivität steigt
62 und die Vernetzung der Bürger*innen untereinander kann aus unserer Sicht gestärkt werden.

63

64

65 **Start ins neue Leben vereinfachen, Familie und soziale Bindung stärken**

66

67 Für viele Migrant*innen ist oder war der Schritt in eine neue Heimat und Gesellschaft mit Sorgen und
68 Ängsten verbunden. Es muss deshalb Aufgabe der aufnehmenden Gemeinschaft sein, das heißt aller
69 politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, den Ankommenden einen möglichst einfachen und
70 barrierefreien Start zu gewährleisten.

71 Die sozialen Kontakte vor Ort sind die Grundlage, um schnell Anschluss zu finden und in der neuen
72 Heimat anzukommen.

73 Dabei darf die sexuelle Orientierung und/oder Geschlechtsidentität eines Menschen keinerlei Rolle
74 spielen. Der Begriff von Familie lässt sich nicht nur in einem „klassischen Mutter-Vater-Kind-Denken“
75 definieren, sondern muss der individuellen Lebenswirklichkeit des/ der Einzel*en Rechnung tragen.
76 Wir wehren uns entschieden gegen die politische Praxis, den Familiennachzug zu begrenzen. Dies
77 widerspricht nicht nur allen humanistischen Werten, sondern erhöht die Gefahr von sozialer (Selbst-
78)Ausgrenzung und Vereinsamung. Nicht nur für die Migrant*innen selbst, sondern auch für ihre zurück
79 gelassenen Angehörigen entstehen so weitere Ängste und ganz reale existentielle Gefahren, denen es
80 entgegenzuwirken gilt.

81

82

83 **Integration durch demokratische und politische Teilhabe durchsetzen**

84

85 Der transparente, direkte und barrierefreie Zugang zu gesellschaftlichen, politischen und kulturellen
86 Angeboten muss für alle Bevölkerungsgruppen uneingeschränkt gelten.

87 Entsprechend stehen wir als LINKE für eine unmittelbare, demokratische und solidarische Teilhabe aller
88 hier lebenden Menschen an allen gesellschaftlichen Prozessen, unabhängig davon wie lange sie in
89 Deutschland leben. Deshalb gilt auch und besonders für unsere Partei und Partner*innen; aktiv
90 Migrant*innen einzubinden und ihnen ein gesellschaftliches, wie politisches Sprachrohr zu bieten.

91 Deshalb ist es für uns von enormer Bedeutung, dass Migrant*innen zunächst der Zugang zum
92 kommunalen Wahlrecht gewährt wird, unabhängig ihrer Staatszugehörigkeit und Aufenthaltsstatus.
93 Als weiterer Schritt muss das allgemeine Wahlrecht für alle auf allen Ebenen als Weg einer integrativen
94 Politik ermöglicht werden.
95 Die Vertretung der spezifischen Interessen von Migrant*innen und die Möglichkeit der direkten
96 Einflussnahme und Repräsentation im sozialen und politischen Kontext sind Bestandteil der Idee einer
97 gleichberechtigten und emanzipatorischen Gesellschaft.
98 Ein Austausch von Interessen und die Bildung gemeinsamer Standpunkte von Einheimischen und
99 Migrant*innen wird erleichtert, schafft Räume der Begegnung und ist Teil gelebter Selbstbestimmung und
100 Freiheit. Es ist zynisch die Forderung aufzustellen, dass sich Menschen demokratischen und freiheitlichen
101 Werten verbunden fühlen sollen, ohne diese selbst leben zu können.

102
103

104 **Barrierefreier Staat für alle!**

105

106 Voraussetzung gelebter Teilhabe aller Menschen ist deshalb auch die Anerkennung gesellschaftlicher
107 Veränderung und die Öffnung von staatlichen Institutionen für alle Bevölkerungsgruppen.
108 Da wir Sachsen als Einwanderungsgebiet begreifen, müssen Bürokratie und die zuständigen Institutionen
109 auch auf die speziellen Bedürfnisse von Migrant*innen ausgerichtet werden.
110 Wenn von Migrant*innen eine schnelle Aneignung der deutschen Sprache verlangt wird, müssen
111 Behörden ihrerseits in der Lage sein mehrsprachig zu agieren. Die verschiedenen sozialen, kulturellen
112 und sprachlichen Kompetenzen sind daher von größter Bedeutung und müssen stärker gefördert werden.

113

114 Die Kompetenzen von Migrant*innen sind Chancen, die Einfluss auf die Ausgestaltung von Behörden
115 haben müssen. Es ist deshalb unumgänglich, dass der berufliche Zugang von Migrant*innen in öffentliche
116 Beschäftigung, beispielsweise Ämter, Justiz und Sicherheitsbehörden, gezielt gefördert wird und sich
117 innerhalb des Personals die verschiedenen Bevölkerungsgruppen abbilden.

118

119

120 **Gleichstellung aller Lebens- und Lebensweisen! Selbstbestimmung leben.**

121

122 Die verfassungsrechtliche Gleichstellung aller Lebens- und Lebensweisen sowie das Recht auf
123 körperliche und sexuelle Selbstbestimmung des/der Einzel*en gilt für alle und muss auch von allen
124 respektiert werden. Wir zeigen Sexismus, Diskriminierung und Rassismus die rote Karte.
125 Zugleich stellen wir uns der rechtspopulistischen Stimmungsmache und rassistisch motivierten
126 Instrumentalisierung von Frauen*- und Freiheitsrechten entschieden entgegen, und wehren uns gegen
127 die Stigmatisierung bestimmter Personengruppen, ethnischer und religiöser Minderheiten.
128 Die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit, das Streiten für die Rechte von LGBTTI*Q, für eine
129 gewalt- und diskriminierungsfreie Gesellschaft sind ein langwieriger Prozess, der die (selbst-)kritische
130 Auseinandersetzung fordert.

131 Verbunden damit ist der Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen und normative Geschlechterrollen
132 und für nachhaltige gleichstellungspolitische Maßnahmen. Dieser Prozess kann nicht allein von der
133 Aufnahmegesellschaft geführt werden. Daher sind migrantische Selbstvertretungen, sowie
134 gleichstellungs- und queerpolitische Initiativen von unschätzbarem Wert und unsere
135 Bündnispartner*innen. Dafür muss es Kommunikationsräume geben, sind Multiplikator*innen notwendig.

136

137 **Direkten und kostenfreien Zugang zu Sprache, Bildung und Arbeit eröffnen**

138
139 Das unmittelbare Medium menschlicher Kommunikation ist und bleibt immer die Sprache.
140 Deshalb stehen wir dafür, dass den Migrant*innen unabhängig von Status, Bleibeperspektive, religiöser
141 oder ethnischer Zugehörigkeit oder Wohnsituation sofort und kostenfrei der Spracherwerb ermöglicht
142 wird.
143 Das Ziel des Spracherwerbs muss sein, ohne Einschränkungen am öffentlichen Leben teilnehmen zu
144 können sowie eine qualifizierte Berufstätigkeit und/oder eine weiterführende Ausbildung aufnehmen zu
145 können.
146 Neben der Sprache ist der einfache und transparente Zugang zu allen Formen der Bildung elementarer
147 Bestandteil, um Migrant*innen einen einfachen, gleichberechtigten und selbstbestimmten Start zu
148 ermöglichen. Dabei muss individuell auf die Bedürfnisse und Voraussetzungen verschiedener Gruppen
149 von Migrant*innen eingegangen werden.
150 Ebenso muss der bürokratische Aufwand bei der Anerkennung bereits vorhandener Bildungs- und
151 Berufsabschlüsse radikal reduziert werden. Es braucht ein neutrales Bearbeitungs- und
152 Vermittlungsverfahren, das transparente Anerkennungskriterien schafft und kostenfreie, direkte
153 Spezialisierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten schafft.
154 Dabei ist uns bewusst, dass dies mit öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Personal verbunden
155 ist. Jedoch sind die daraus zu erwartenden positiven Entwicklungen von vielfach höherer Bedeutung.
156
157 **Gesundheit als Menschenrecht begreifen!**
158
159 Gesundheit ist ein Menschenrecht – dies ist Leitlinie unserer Politik. Niemand darf wegen Herkunft, Alter,
160 Geschlechtsidentität oder sozialem Status von gesundheitlicher Versorgung ausgeschlossen werden. Die
161 Realität allerdings sieht anders aus.
162 Besonders für Migrant*innen ist der uneingeschränkte Zugang zu medizinischer Versorgung mit hohen
163 bürokratischen und praktischen Hürden verbunden.
164 Insbesondere Geflüchtete sind per Gesetz benachteiligt, zum Beispiel bleibt laut
165 Asylbewerberleistungsgesetz die gesetzlich garantierte und finanzierte medizinische Behandlung und
166 Versorgung in den ersten 15 Monaten des Aufenthalts auf akute Erkrankungen und Schmerzen sowie
167 Schwangerschaft und Geburt beschränkt.
168 Als LINKE fordern wir, dass alle hier lebenden oder ankommenden Menschen vom ersten Tag an alle
169 Leistungen der Gesundheitsvorsorge zugänglich sind. Die derzeitige Praxis der Ausgrenzung muss
170 deshalb auf allen Ebenen beendet werden.
171 Die Unterbringung besonders schutzbedürftiger Gruppen muss den speziellen Bedürfnissen angepasst
172 werden, um medizinische, psychologische und soziale Betreuung zu gewährleisten.
173
174 **Bleibeperspektiven schaffen, Abschiebepaxis beenden!**
175
176 Abschiebungen sind ein Zwangsmittel, das den Betroffenen mit einem Schlag ihre Lebensperspektive
177 raubt. Menschen werden gewaltsam in Länder geschickt, in denen sie nicht leben wollen, häufig nicht
178 leben können und zu denen sie oft keinerlei Beziehung mehr haben. Die immer restriktivere
179 Abschiebepaxis in Sachsen ist einerseits Resultat von Asylrechtsverschärfungen, andererseits folgt der
180 sächsische Staat damit dem Ruf des rassistischen Mobs auf der Straße.
181 DIE LINKE positioniert sich grundsätzlich gegen das Zwangsmittel der Abschiebung. Jeder Mensch muss
182 das Recht haben, sich unabhängig von den jeweiligen Migrationsgründen seinen Wohnort frei zu wählen.
183 Dazu braucht es einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zum Prinzip der Freizügigkeit und
184 Niederlassungsfreiheit..

185 Aus diesem Grund, sind wir solidarisch mit allen, die Zwangsausweisungen abzuwenden versuchen. Dafür
186 braucht es zugängliche Rechtsberatung für Geflüchtete, weit reichende und durchsetzbare
187 Härtefallregelungen und auch zivilgesellschaftliches Engagement wie Kirchenasyl.
188 Grundsätzlich muss gelten: Straf- und Aufenthaltsrecht müssen getrennt voneinander bleiben.

189

190 **DIE LINKE Sachsen: Motor gelebter Integration**

191

192 Die gesellschaftliche und politische Entwicklung der vergangenen Jahre muss für alle zivilgesellschaftliche
193 und politisch engagierte Menschen und Akteur*innen große Besorgnis erregen.

194 Wir beobachten europaweit das Erstarken rechtskonservativer und -populistischer Kräfte. Auch in
195 Deutschland erleben wir mit dem Erstarken der AfD und dem Abdriften der Unions-Parteien nach rechts
196 und ganz speziell in Sachsen eine Rückkehr zu nationalistischen Bestrebungen.

197 Gerade Sachsen ist zum Hort von Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Hass geworden. Der Ruf des
198 Freistaates leidet unter fortwährender Gewalt rechter Terroristen, der *gida-Bewegung.

199 Migrant*innen und Geflüchteten schlagen Verachtung, Vorurteile und Hass entgegen. Menschen, die
200 nicht dem rechtspopulistischen und -konservativen Weltbild entsprechen, erleiden täglich Angst und
201 gewalttätige Übergriffe.

202 Als DIE LINKE. muss es unsere Aufgabe sein gerade für diese, aber auch für die große, teils schweigende
203 Mehrheit Sprachrohr und Vermittler*in zu sein.

204 Dazu müssen wir neben unseren politischen Aufgaben ein Selbstverständnis entwickeln und leben, damit
205 uns alle Menschen als Dienstleister*in und Ansprechpartner*in verstehen.

206 Es muss zum Selbstverständnis der Partei und ihrer Mitglieder gehören, in jeder Situation und Lebenslage
207 allen demokratischen Kräften mit Rat und direkter praktischer Hilfe zur Seite zu stehen.

208 Dazu gehört auch das stärkere Bemühen unserer Partei Migrant*innen einzubinden und ihnen politische
209 Teilhabe und Repräsentation zu ermöglichen.

210

211 Gesellschaftliches Zusammenleben aller Menschen kann nur dann positive Früchte tragen, wenn Räume
212 der Begegnung geschaffen werden, Menschen sich am Arbeitsplatz, beim Sport, kulturellen Angeboten
213 kennenlernen und gemeinsame Erinnerungen schaffen.

214 Wir sind der festen Überzeugung, dass in gesellschaftlicher Pluralität aller Lebensbereiche, kultureller
215 Vielfalt und gegenseitiger Anerkennung die Chance liegt, den gesellschaftlichen Rechtsruck
216 einzudämmen und die demokratischen Strukturen zu stärken.

217 Egal ob Menschen als Schutzsuchende, aus wirtschaftlichen Gründen oder zum Zwecke der Bildung nach
218 Deutschland und Sachsen kommen, sie alle haben es verdient einen barrierefreien Start in ihr neues
219 Leben zu haben.

220 Gerade für das Land Sachsen liegt in der Zuwanderung verschiedenster Menschen die Chance, eine
221 dauerhaft positive Entwicklung zu fördern, Lebensqualität zu bereichern und öffentliche Daseinsvorsorge
222 zu stärken.

223 Als sächsische LINKE wollen wir die Zusammenarbeit aller im Bereich tätigen demokratischen Kräfte
224 verbessern, eine gleichberechtigte und offene Plattform bieten und aktiv eine Verbesserung der
225 institutionellen und lebensweltlichen Situation von Migrant*innen mitgestalten.

Glossar

- **Integration:** In unserem Sinne ist damit nicht gemeint, dass sich Migrant*innen hiesigen Werten und Gebräuchen unterordnen und diese übernehmen. Es muss darum gehen, rechtliche und politische Strukturen zu schaffen, die es Migrant*innen ermöglichen, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten. Auf der Basis der gleichberechtigten Teilhabe aller in diesem Land lebenden Menschen kann und muss über die Ausgestaltung dieser Gesellschaft diskutiert und gerungen werden.
- **Migrant*innen:** Mit diesem Begriff sprechen wir bewusst all jene an, die keine umfangreichen Staatsbürgerrechte besitzen, rechtlichen und gesellschaftlichen Restriktionen ausgesetzt sind und aus verschiedensten Gründen ihren dauerhaften Wohnsitz verändert haben/ verändern mussten. Aufgrund ihrer rechtlichen Privilegien meinen wir jedoch nicht Menschen aus EU-Staaten, obwohl wir uns bewusst sind, dass auch diese alltäglicher Diskriminierung ausgesetzt sind. Vielmehr adressieren wir uns an Geflüchtete, Menschen aus den so genannten Drittstaaten und Menschen ohne Papiere/ legalen Aufenthaltsstatus.
- **Einheimische:** Gemeint sind damit alle hier sozialisierten Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, sofern sie über deutsche Staatsbürgerrechte verfügen.
- **Dublin-System:** ist die Regelung der Europäischen Union, wonach Anträge auf Asyl und Bleiberecht am Ort des ersten Betretens des Gebiets der Europäischen Union gestellt werden müssen. Praktisch zeigt sich dadurch, dass die große Mehrheit von Geflüchteten an den südlichen Außengrenzen der EU (Griechenland, Portugal, Spanien, Italien) ankommt und dort aufgenommen werden muss.
- **besonders schutzbedürftige Menschen:** Wir orientieren uns an der offiziellen Definition der Europäischen Union. Demnach sind damit gemeint: Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, Menschen mit einer Behinderung, ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben (Vgl. EU-Richtlinien 2003/9/EU und 2004/83/EU)
Dabei besteht kein allgemeines, gesichertes Verfahren, um die besondere Schutzbedürftigkeit festzustellen.
- **Gleichstellung der Geschlechter (Geschlechtergerechtigkeit):** ist der Prozess für die tatsächliche und verfassungsrechtliche Gleichstellung der Geschlechter sowie aller Lebens- und Liebesweisen. Gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Verwirklichung, als Teil sozialer Gerechtigkeit, ist dabei das Ziel.
- **LGBTTIQ*:** Abkürzung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*gender, Trans*identitäre, Intersexuelle und Queere Menschen.

- **Geschlechtergerechte Sprache:** wird als Mittel zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in Schrift und Sprache verstanden. Zugleich wird damit der Versuch unternommen, strukturelle Diskriminierung aufgrund des Geschlechts/Geschlechtsidentität z.B. durch permanente Nichtnennung von Frauen* und LGBTTIQ* und ein männlich dominierten Sprachgebrauch, sichtbar zu machen. Stilistisches Mittel in Wort und Schrift sind u.a. das große I, der Unterstrich und/oder das Sternchen*. So soll die reale geschlechtliche Vielfalt, auch in Sprache und Schrift gleichberechtigt zum Ausdruck kommen.
- **Emanzipation (emanzipatorisch):** Kann u.a. verstanden werden als die Befreiung aus einem Zustand der Abhängigkeit im Sinne von Verselbstständigung. Zudem kann damit die Befreiung unterdrückter und/oder benachteiligter Personen/Gruppen gemeint sein. (Quelle: <https://www.sign-lang.uni-hamburg.de/projekte/slex/seitendvd/konzeptg/151/15107.htm>)
- **Sexismus:** bezeichnet alle Formen der Unterdrückung und Diskriminierung aufgrund des biologischen oder sozialen Geschlechts (Gender).